

1 **Transformation gestalten – Rahmenbedingungen schaffen, vorausschauend und**
2 **verantwortungsvoll**

3 Deutschland wird bis zum Jahr 2045 klimaneutral sein. Das ist ein Kernanliegen der Ampel-
4 Koalition und bildet daher das Herzstück des gemeinsam erarbeiteten Koalitionsvertrages.
5 Trotz gewaltiger Anstrengungen etwa beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem
6 früheren Kohleausstieg 2030 im Westen befindet sich die Bundesrepublik heute jedoch noch
7 nicht auf dem 1,5 Grad-Pfad. Die größten Aufgaben liegen unbestritten im Gebäude- und
8 Verkehrsbereich. Sie sind die Sorgenkinder der deutschen Klimapolitik. Doch auch die Sek-
9 toren Energie und Industrie haben noch eine Strecke vor sich. Gerade weil der Übergang von
10 der fossilen in die klimaneutrale Welt in den Regierungszeit von Angela Merkel verschlafen
11 wurde, muss das Tempo deutlich gesteigert werden.

12 Den Ausstieg aus der Kohleverstromung im Osten auf das Jahr 2030 vorzuziehen ist ein not-
13 wendiger Schritt, um die Klimaziele zu erreichen. Er ist gleichzeitig notwendig, um ange-
14 sichts einer zusehends unrentablen Kohleverstromung in den kommenden Jahren endlich
15 Planungs- und Investitionssicherheit herzustellen. Es wäre falsch, die Regionen und die
16 Menschen mit der marktwirtschaftlichen Dynamik des europäischen Emissionszertifikate-
17 handels und den erwartbar steigenden Preisen für die Zertifikate alleine zu lassen. Stattdes-
18 sen muss jetzt ordnungspolitisch und vorausschauend gehandelt werden, um rechtzeitig die
19 notwendigen Maßnahmen einzuleiten, die den Strukturwandel in der Region positiv gestalten
20 können. Wir sind überzeugt, dass ein solch aktiv gemanagter Wandel zu einer echten Chance
21 für Jobs und Unternehmen, für Zukunft und Prosperität in den Regionen wird. Voraussetzung
22 hierfür ist die Stärkung der Regionen, der Aufbau neuer Zukunftsindustrien und gute Arbeit.
23 Gerade der Osten Deutschlands hat hier Standortvorteile, weil sich schon heute vielerorts die
24 neuen Industrien ansiedeln und entsprechende Flächen und erneuerbarer Strom zur Verfü-
25 gung stehen.

26 Das Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen betrifft Industriestandorte im gesamten Bundesge-
27 biet. Chemie, Stahl, Aluminium, Zement, Glas – viele Branchen der Grundstoffindustrie ha-
28 ben sich auf den Weg gemacht, ihre Produktion auf klimaneutrale Produktionsprozesse um-
29 zustellen. Viel zu lange, wurden Industrie und Unternehmen allein gelassen auf ihrem Weg
30 der Transformation. Viel zu lange fehlten klare und verlässliche politische Weichenstellungen
31 in Richtung der 1,5 Grad-Grenze. Das möchten wir ändern. Mit klaren Rahmenbedingungen

32 und finanzieller Unterstützung ermöglichen wir es der Industrie, aber auch kleinen und mit-
33 telständischen den Unternehmen, Produkte und Prozesse klimaneutral zu gestalten. Das
34 stärkt sie in Fragen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und ist auch eine Reaktion auf die
35 vielfältigen Aktivitäten unserer außereuropäischen Handelspartner wie den USA. Neue In-
36 strumente zur Qualifikation der Fachkräfte komplettieren das Angebot an Industrie und Un-
37 ternehmen. Im Gegenzug erwarten wir eine klare Zusage zu den Standorten und eine Stra-
38 tegie zum Erhalt und zur Weiterbildung der vielfach hoch qualifizierten Arbeitskräfte.

39 Unverzichtbar für die Erreichung einer klimagerechten Wirtschaft und Gesellschaft ist die
40 Frage nach ausreichend sauberer Energie. Nicht umsonst legt die Ampel-Koalition einen
41 Schwerpunkt ihres politischen Handelns auf den beschleunigten Ausbau von erneuerbaren
42 Energien. Mit so nicht gekannter Geschwindigkeit wird aufgeholt, was die letzten 16 Jahre
43 versäumt wurde: Vor allem Wind- und PV-Anlagen sowie ausgebaute Stromnetze werden
44 dafür sorgen, dass die Stromversorgung bis 2035 fast ausschließlich auf erneuerbaren Ener-
45 gien beruht. Kohle, Öl und fossiles Gas haben in einem klimaneutralen Land keinen Platz.
46 Gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Betriebsräten wollen wir den Wandel ge-
47 stalten und als echte Chance betrachten. Als Chance für den Wettbewerbsstandort, als Chance
48 für eine saubere und gesündere Welt und als Chance, auf künftige Krisen besser gewappnet
49 und resilient zu sein. Nie mehr wollen wir so abhängig von einigen wenigen Ländern bei
50 unseren Rohstoff- und Energieimporten sein. Der Weg dahin ist kein leichter und die viel-
51 fältigen Veränderungsprozesse benötigen Gesprächs- und Dialogbereitschaft. Nur so gelingt
52 die Akzeptanz, nur so gelingt die sozial-ökologische Transformation.

53 **I Energiesektor**

54 **Saubere Energieversorgung – Ausbau der Erneuerbaren Energien**

55 Erneuerbare Energie aus Wind und Sonne ist die Grundvoraussetzung für Klimaneutralität in
56 allen Sektoren. Darum haben wir gemeinsam in der Ampel-Regierung festgelegt, bis 2030
57 unsere Erneuerbaren im Strombereich auf 80 Prozent ausbauen. Damit werden wir dort den
58 Anteil der Erneuerbaren innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt etwa verdoppeln. Der
59 Ausbau der erneuerbaren Energien an Land und auf See wird auf ein völlig neues Niveau
60 gehoben, damit die Stromversorgung in Deutschland bereits 2035 nahezu vollständig auf
61 erneuerbaren Energien beruht. 2030 werden in Deutschland 115 Gigawatt Windenergie an
62 Land, 30 Gigawatt Offshorewindräder und 215 Gigawatt Solarenergie installiert sein. Die er-
63 neuerbare Infrastruktur organisieren wir dabei so naturverträglich wie möglich und werden
64 nötige Eingriffe stärker mit verbindlichen Maßnahmen zur Förderung der Renaturierung und
65 des Schutzes von Arten und Ökosystemen kompensieren.

66 Kohle, Öl und fossiles Gas haben keine Zukunft in der Klimakrise. Um die Übergänge der
67 Versorgungssicherheit und Industrietransformation zu gestalten, wird fossiles Gas, verbun-
68 den mit einem klaren Ausstiegspfad gemäß dem Klimaschutzgesetz, eine zunehmend klei-
69 nere Rolle spielen. Allein bis 2030 wollen wir den fossilen Gasverbrauch gegenüber 2022 um
70 mindestens 25 Prozent reduzieren. Je größer und schneller der Ausbau von Wind- und So-
71 larkraft kommt, desto geringer wird der Anteil fossiler Energie ab jetzt jährlich sein. Kurz-
72 fristig durch den Wegfall russischen Erdgas nötig gewordene fossile Ersatzkapazitäten be-
73 grenzen wir auf eine ökonomisch und ökologisch angemessene Größe, die Sicherheitspuffer
74 enthält und gleichzeitig fossile Lock-Ins verhindert. Unser Ziel ist ein unabhängiges europä-
75 isches Energiesystem, das auf Effizienz und sauberer, kostengünstiger und sicherer Energie
76 basiert.

77 Dem teuren und gefährlichen Atomstrom setzen wir am 15. April 2023 endlich ein Ende.

78 Trotz all dieser wichtigen Richtungsentscheidungen benötigen wir weitere, tiefgreifende
79 Maßnahmen, um den Energiesektor auf klimaneutral zu stellen. Die Beschleunigung der Pla-
80 nungs- und Genehmigungsverfahren für die Erneuerbaren und das Stromnetz ist dabei ab-
81 solut zentral, um unsere Klimaziele zu erreichen und den Wirtschaftsstandort Deutschland

82 endlich zukunftsfest zu machen. Wir wollen die bereits begonnene Beschleunigung verste-
83 tigen. In der Ampel haben wir die Erneuerbaren endlich beschleunigt, die Ausbauziele erhöht
84 und mit konkreten Maßnahmen wie z.B. dem Flächenziel für Windenergie den Ausbau un-
85 terstützt. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, alle geeigneten Dachflächen künftig für die So-
86 larenergie zu nutzen. Gleichzeitig müssen wir unsere Anstrengungen erhöhen, um Energie
87 einzusparen und effizienter einzusetzen. Hierfür muss das Energieeffizienzgesetz zügig durch
88 die Bundesregierung auf den Weg gebracht werden. Um dem Wärmepumpenhochlauf und
89 65 Prozent Erneuerbarer Energie im Wärmebereich zum Erfolg zu verhelfen, müssen wir die
90 finanziellen Mittel für die Gebäudeeffizienz und die Förderung des Umbaus massiv auswei-
91 ten.

92 **Kohleausstieg 2030 im Osten – Chancen ergreifen**

93 Braunkohle ist extrem klimaschädlich und sorgt dafür, dass Deutschland als einer der größ-
94 ten Emittenten der Welt, die CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre entscheidend mit zu ver-
95 antworten hat. Um die Klimakrise so weit wie möglich einzuhegen, müssen wir unsere Ab-
96 hängigkeit von fossiler Energie so schnell wie möglich beenden.

97 Nach aktueller Gesetzeslage wird die Braunkohleverstromung in Ostdeutschland ab dem Jahr
98 2025 laufend reduziert und spätestens 2038 beendet. Die Bundesregierung kann die Still-
99 legung aller Kraftwerke nach 2030 entschädigungslos um drei Jahre vorziehen, d. h. auf
100 spätestens 2035. Grundlage für die im Jahr 2021 getroffenen Entscheidungen war die An-
101 nahme, dass die Braunkohlekraftwerke bis 2038 (und darüber hinaus) wirtschaftlich sein
102 und entsprechend lange betrieben würden.

103 Die Ampel-Koalition hat sich darauf verständigt, den Kohleausstieg auf 2030 vorzuziehen,
104 um die Klimaziele zu erreichen. Mit dem Beschluss, den Kohleausstieg in NRW vorzuziehen,
105 wurde bereits ein wichtiger Meilenstein erreicht. Ein Vorziehen des Kohleausstiegs auch in
106 Ostdeutschland macht aber nicht nur klimapolitisch Sinn. Ein Vorziehen bringt angesichts
107 neuer Entwicklungen auch Planungs- und Investitionssicherheit für die Menschen und Re-
108 gionen vor Ort. Die Annahme aus der damaligen Kohle-Kommission nämlich, dass die Koh-
109 leverstromung bis zum Jahr 2038 wirtschaftlich sei, hat sich mittlerweile überholt.

110 Durch steigende CO₂-Preise im europäischen Emissionshandel wird die Kohleverstromung im
111 ost- und mitteldeutschen Revier deutlich vor dem Jahr 2038 unwirtschaftlich. Das zeigen
112 gutachterliche Berechnungen, die im Auftrag der Bundesnetzagentur für den am 1. Februar
113 2023 veröffentlichten Versorgungssicherheitsbericht erstellt wurden. Gleichzeitig führt der
114 schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien zu deutlich günstigeren Alternativen. Deshalb
115 sind jetzt Entscheidungen notwendig, die den Menschen und der Region Planungssicherheit
116 geben.

117 Ein planvolles Ende der Kohleverstromung bietet die Chance, dass der Markt und die Unter-
118 nehmen sich darauf einstellen. Wir wollen verhindern, dass Unternehmen unvorbereitet
119 durch marktwirtschaftliche Prozesse aus dem Markt gedrängt werden. Das hätte erhebliche
120 Konsequenzen für die Region und die Beschäftigten. Bei einer unkontrollierten Stilllegung

121 hätten die Beschäftigten keinen Anspruch mehr auf das Anpassungsgeld nach dem Kohle-
122 verstromungsbeendigungsgesetz und auch die Kostenfrage in Milliardenhöhe für Renaturie-
123 rungsmaßnahmen der Tagebaue wäre ungeklärt. Zudem wäre unklar, wie die Flächen für
124 den Ausbau der Erneuerbaren Energie gesichert werden könnten.

125 Wenn wir den Strukturwandel aktiv gestalten, gibt es allerdings große Chancen für die Re-
126 gion. Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben hochqualifizierte Fachkräfte und
127 enorme Standortvorteile für Ansiedelung von grünen Zukunftstechnologien. Eine entschlos-
128 sene Politik kann ein riesiges Wachstumspotential in der Region entfalten. Wir wollen diese
129 Chance ergreifen, gemeinsam mit Beschäftigten, Unternehmen, Kommunen und mit den Bür-
130 gerinnen und Bürgern vor Ort. Dazu sind folgende sechs Punkte notwendig:

131 **1. Ansiedelung von Unternehmen und Zukunftstechnologien**

132 Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt bieten schon heute gute Investitionsbedingun-
133 gen. Dank viel grüner Energie, großem Flächenpotenzial und ihren hoch qualifizierten Fach-
134 kräften haben sie einen Wettbewerbsvorteil im In- und Ausland. Windrad- und PV-Produk-
135 tion, der Bau von Elektrolyseuren, Speicher- oder Batteriezellfabriken uvm. sind das Funda-
136 ment der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und schaffen neue, zukunftsfeste Arbeits-
137 plätze. Diese sozial-ökologische Transformation wird in den Regionen und Kommunen um-
138 gesetzt und sie werden direkt davon profitieren, wenn wir vorausschauend und gemeinsam
139 mit der Planung beginnen.

140 Grüne Energie ist der größte Standortvorteil der Zukunft und kann riesiges Wachstumspoten-
141 tial in den Regionen entfalten, die diese Chance ergreifen. So entsteht der Neubau des grü-
142 nen Wasserstoff-Speicherkraftwerks in dem Ort Schwarze Pumpe im Lausitzer Revier, auch
143 weil der dort produzierte Wind- und Solarstrom direkt weiterverarbeitet werden kann. Der
144 Solarmodulhersteller Meyer-Burger in Hohenstein-Ernstthal und Freiberg (Sachsen) und
145 Thalheim (Sachsen-Anhalt) schafft durch seine innovative Produktionsweise heute schon,
146 dass keine Kostenunterschiede zum chinesischen Markt mehr als auszugleichen. Und der
147 Neubau einer Prototypanlage für Batterie-Recycling (Kathodenfabrik) am BASF-Standort in
148 Schwarzheide zeigt, wie traditionsreiche Industriestandorte die Transformation vorantreiben
149 und für ihre Region mitgestalten. Hier muss Industriepolitik ansetzen, um diese Entwicklung
150 fortzuschreiben, denn ein schneller Ausbau der Erneuerbaren Energien führt zu einer erhöh-
151 ten Produktionsansiedlung vor Ort. Allein in Sachsen werden mit dem Aufbau einer Wasser-
152 stoff- und Brennstoffzellenwirtschaft bis zu knapp 5.000 neue Arbeitsplätze erwartet. Das
153 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erarbeite derzeit eine Photovoltaik-Strat-
154 egie, um den Ausbau weiter zu beschleunigen.

155 **2. Einstieg in flexible erneuerbare Kraftwerke**

156 Die Bundesregierung schreibt noch in diesem Jahr große Kapazitäten an Wasserstoff-ready
157 Gaskraftwerken aus, in denen perspektivisch grüner Wasserstoff zu Strom wird. Damit wer-
158 den Wind- und Solarenergie auch nach 2030 durch flexible Kraftwerke ergänzt: Grüne Was-
159 serstoff-Kraftwerke tragen zur Versorgungssicherheit bei und sind ein wichtiger Baustein für
160 die Energiewende. Für den Bau müssen die richtigen Standorte noch identifiziert werden,
161 doch es ist absehbar, dass Ostdeutschland auch zur Erzeugerregion für grünen Wasserstoff

162 wird. Dort, wo heute noch Braunkohle verbrannt wird, kann die Erfahrung und Netzinfra-
163 struktur genutzt werden. Dieser Einstieg sichert unzählige Arbeitsplätze im Kraftwerksbe-
164 reich.

165 **3. Qualifizierung und Weiterbildung stärken**

166 Die betroffenen Regionen sowie die vom Kohleabbau und -verstromung Betroffenen können
167 weiterhin auf Unterstützung zählen. Wir sorgen dafür, dass die Beschäftigten bei der Trans-
168 formation unterstützt werden, indem das Anpassungsgeld um eine Qualifizierungskompo-
169 nente für jüngere Beschäftigte ergänzt wird. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, Un-
170 ternehmen im Strukturwandel zu unterstützen, indem wir ein ans Kurzarbeitergeld ange-
171 lehntes Qualifizierungsgeld einführen. Dieses soll helfen, Beschäftigte durch Qualifizierung
172 im Betrieb zu halten und Fachkräfte zu sichern. Auch individuelle Weiterentwicklung werden
173 wir mit einer Ausbildungsgarantie und Bildungs(teil)zeit besser unterstützen. Ein entspre-
174 chender Gesetzentwurf zur Weiterbildung befindet sich bereits auf dem Weg. Schon einge-
175 führt haben wir inzwischen ein Weiterbildungsbildungsgeld, das es erwerbslosen Menschen
176 leichter macht sich zu qualifizieren.

177 **4. Dialogprozess initiieren**

178 Eine vorausschauende Planung braucht klare, verbindliche Vereinbarungen für alle Beteilig-
179 ten. Diese fallen jedoch nicht vom Himmel, sondern müssen im Gespräch und im Dialog
180 gemeinsam erarbeitet werden. Wir wollen diesen Dialogprozess gemeinsam mit den Bun-
181 desländern, Kommunen und mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort verantwortungsvoll
182 und aktiv im Vorhinein gestalten und so Planungssicherheit für alle schaffen. Uns ist dabei
183 wichtig, die Akteursvielfalt der Energiebranche in der Region weiter zu stärken.

184 Wir haben keine Zeit zu verlieren und nehmen uns trotzdem die notwendige Zeit, den Koh-
185 leausstieg gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten. Nur so erreichen wir das Ziel,
186 möglichst viel Kohle im Boden zu lassen, die sozial-ökologische Transformation umzusetzen
187 und ein langfristig gutes Leben in den Regionen zu gestalten. Sowohl Großprojekte wie die
188 Entwicklungen von BASF oder Meyer-Burger, als auch kleine und mittelständische Unterneh-
189 men und Genossenschaften müssen zudem Beteiligte am Strukturwandel sein.

190 **5. Kommunen und Regionen stärken**

191 Um die entsprechenden Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, brauchen wir nicht nur at-
192 traktive Arbeitsplätze, sondern auch attraktive Regionen. Ein gutes Leben muss überall mög-
193 lich sein. Indem wir uns für starke Kommunen mit einem hohen Maß an Entscheidungsfrei-
194 heit vor Ort, einer verlässlichen öffentlichen Daseinsvorsorge, einer engagierten Zivilgesell-
195 schaft und für resiliente, regionale Wirtschaftskreisläufe einsetzen, schaffen wir attraktive
196 Lebensräume und kommen dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näher. In dem Zu-
197 sammenhang ist die Reform der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirt-
198 schftsstruktur“ (GRW) ein Durchbruch: Die Menschen vor Ort sollen mitentscheiden können,
199 welche Angebote sie in ihrer Region brauchen und wo Investitionen hinfließen sollen. Das
200 können beispielsweise attraktive Bildungseinrichtungen sein oder Kultur- und Sozialeinrich-
201 tungen. Wichtig ist, dass überall eine gute Grundversorgung in den Bereichen Mobilität, Ge-
202 sundheit und digitaler Anbindung gegeben ist. So denken wir alle Bedürfnisse zusammen:
203 dem Recht auf gute und langfristige Arbeit, lebenswerte Regionen und gesunder Natur in
204 Zeiten der Klimakrise. Bis 2030 müssen die Bedürfnisse der AnwohnerInnen und Anwohner
205 der Tagebaue gewährleistet werden, Lärm- und Feinstaubbelastigungen minimiert sowie die
206 Größe der Tagebaue mit dem Ziel angepasst werden, möglichst viel Land zu erhalten. So
207 erhalten wir landwirtschaftliche Fläche sowie Infrastruktur und Wohngebiete.

208 **6. Vereinbarte Hilfen vorziehen**

209 Um stattdessen Sicherheit für Klimaschutz und die Zukunftsfähigkeit der Regionen in Ost-
210 deutschland zu schaffen, wollen wir mit dem gesetzlichen Kohleausstieg 2030 vereinbarte
211 Hilfen anpassen und zeitlich vorziehen. Das gilt für die Strukturfördermittel und arbeits-
212 marktpolitischen Maßnahmen sowie die Renaturierung der abgebaggerten Flächen. Bei-
213 spielsweise könnten die Fördermittel für die dritte Förderperiode (2033 bis 2038) geplant
214 vorgezogen werden, so dass die Kommunen rechtzeitig planen könnten, die Fördermittel
215 früher zu beantragen und sinnvoll einzusetzen. Bei einem plötzlichen Vorziehen der Förder-
216 periode aufgrund eines ungeplanten Kohleausstiegs wäre es schlicht aus Kapazitätsgründen
217 kaum darstellbar, dass die Kommunen binnen kurzem neue Projekte konzipieren und An-
218 träge erstellen. Aktuell wurden von den bis 2038 zur Verfügung stehenden rund 40 Mrd.
219 Euro im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) etwa 14 Mrd. Euro noch
220 nicht beschlossen bzw. bestätigt.

221 **II Industriesektor: Aufbruch in die Klimaneutralität**

222 Wir haben uns als Koalition dem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen und der sozial-ökolo-
223 gischen Transformation verschrieben. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands hat
224 auch mit Blick auf die Wirtschaftspolitik zunächst unser schnelles, entschlossenes Handeln
225 gefordert. Das hat gewirkt. Wir als Bundestagsfraktion haben gemeinsam mit der Bundesre-
226 gierung alle Hebel in Bewegung gesetzt. Wir haben wegfallende russische Gaslieferungen
227 ersetzt und den Angebotsschock damit abgemildert. Kommunen, Haushalte und Unterneh-
228 men sind den Appellen der Bundesregierung gefolgt und haben kurzfristig beachtliche Men-
229 gen fossiles Gas gespart und damit einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit
230 geleistet. Wir haben die Erneuerbaren Energien massiv ausgebaut und damit den wichtigsten
231 Grundstein für eine klimaneutrale Wirtschaft gelegt. Wir haben insbesondere kleine und
232 mittelständische Unternehmen nicht nur durch die Abschaffung der EEG-Umlage entlastet,
233 sondern Unternehmen könne heute in ihren Betriebsstätten selbst erzeugten Strom ohne
234 Abgaben nutzen. Damit senken sie ihre Kosten und schützen das Klima. Die Energieversor-
235 gung ist sicher und stabil, Hilfspakete haben ihre Wirkung entfaltet. Die Unternehmen haben
236 gezeigt, dass sie robust mit Krisensituationen umgehen können.

237 Jetzt können wir gemeinsam nach vorne schauen. Wir stoßen jetzt ein Jahrzehnt der Trans-
238 formation an. Dafür stellen wir unter Hochdruck alle Weichen für die Umstellung auf klima-
239 freundliche Verfahren, ob in der Grundstoffindustrie oder im Handwerk. Für den Hochlauf
240 von grünem Wasserstoff, den Ausbau der Netze und die Ansiedlung und deutliche Auswei-
241 tung von Batterie- und Speichertechnologie, sind erneuerbare Energien die absolute Grund-
242 voraussetzung. Dort, wo diese geschlossene Wertschöpfungskette stabil und sicher ist, etab-
243 lieren sich die grünen und sauberen Industrien und Unternehmen der Zukunft. Darum bauen
244 wir neue Infrastruktur H2-ready und schaffen einen wettbewerbsfähigen, grünen Industrie-
245 strompreis als Voraussetzung für die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität. Grü-
246 ner Wasserstoff darf nur dort eingesetzt werden, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist.
247 Im Schwerpunkt bedeutet dies eine Konzentration auf die Grundstoffindustrie und den Luft-
248 und Seeverkehr.

249 Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral und wir haben es in der Hand, ob wir vorangehen
250 wollen oder nur nachziehen können. Denn der internationale Wettbewerb um die Zukunfts-
251 technologien ist in vollem Gange. Ob die USA mit ihrem Inflation Reduction Act, China oder

252 Indien – auf der ganzen Welt wird massiv in klimaneutrale Technologien investiert. Die Zu-
253 kunft des Industriestandorts Deutschland kann nur klimaneutral sein. Mit dem Green Deal
254 Industrial Act legt die Kommission einen ambitionierten Plan vor, wie der Sprung in die Kli-
255 maneutralität gelingen kann und wir uns gleichzeitig bei der Energieversorgung unabhängig
256 machen von despotischen Regimen. Als Bundestagsfraktion unterstützen wir ausdrücklich
257 den Plan die Genehmigungsverfahren in grünen Schlüsselindustrien und -technologien zu
258 beschleunigen. Europa mangelt es nicht an Know-How, was fehlt, ist Planbarkeit und Effi-
259 zienz für Unternehmen, die die Energiewende vorantreiben wollen. Zu vage bleibt der Plan
260 bisher in Sachen Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation: Erleichterungen in
261 Beihilferegelungen sollen allen Mitgliedsstaaten der EU zu Gute kommen. Darum sollen die
262 finanziellen Instrumente Investitionen solidarisch in allen Regionen der EU erreichen.

263 Es ist Zeit für eine aktive grüne Industriepolitik für Transformation und Resilienz. Als grüne
264 Bundestagsfraktion kümmern wir uns um saubere, bezahlbare Energie, gezielte Anreize für
265 Investitionen in Klimaschutz, grüne Leitmärkte, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, die
266 Förderung von Aus- und Weiterbildung sowie Zuwanderung von Fachkräften und strategi-
267 sche Handlungsfähigkeit in Europa. Zu strategischen Elementen einer Transformationsstra-
268 tegie für den Standort Deutschland und Europa müssen wir klare Perspektiven für den Mit-
269 telstand aufzeigen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat mit dem Ak-
270 tionsplan zum Dialog- und Arbeitsprozess „Mittelstand, Klimaschutz und Transformation“
271 einen wichtigen Stein ins Rollen gebracht.

272 Damit eine klimaneutrale Produktionsweise schon heute rentabel ist, braucht es eine kon-
273 sequent ansteigende Bepreisung von Treibhausgasemissionen, einen ambitionierten EU-
274 Zertifikatehandel, Grenzausgleichsmechanismen zur Abwendung von "Carbon Leakage",
275 grüne Leitmärkte und nicht zuletzt auch Klimaschutzverträge, die den Unternehmen die not-
276 wendige Investitionssicherheit und -unterstützung zur Verfügung stellen.

277 Klimaschutzverträge, bzw. Carbon Contracts for Difference sind ein zentraler Baustein für eine
278 klimaneutrale Wirtschaft. Sie sorgen dafür, dass notwendige Investitionen in eine klima-
279 neutrale Produktion heute schon getätigt werden können, auch wenn sie sich erst morgen
280 rechnen. Wir verstehen sie als „Anschubfinanzierung“, bei der die wirtschaftlichsten Vor-
281 schläge den Zuschlag bekommen. Erste Verträge werden in diesem Halbjahr geschlossen.
282 Damit erfüllen wir einen wichtigen Teil des gemeinsamen Koalitionsvertrages.

283 Klar ist aber auch: Wir brauchen die Verschränkung kluger Förderpolitik mit Grünen Leit-
284 märkten. Insbesondere mit Blick auf die mittel- bis langfristige Wirtschaftsstruktur müssen
285 die Rahmenbedingungen für Industrielle Wertschöpfungsketten so gestaltet sein, dass diese
286 selbstständig am Markt bestehen können. Hierfür sind verbindliche Anreize zum Einsatz kli-
287 mafreundlicher Vorprodukte entscheidend. Mit größter Priorität brauchen wir daher jetzt Re-
288 formen in Beschaffung und Vergabe. Zentraler Baustein sind Mindestquoten für klima-
289 freundliche Produkte in der öffentlichen Beschaffung. Wir sehen darüber hinaus aber auch
290 die dringende Notwendigkeit auf europäischer Ebene in die Abstimmung über den Aufbau
291 grüner Leitmärkte zu treten. Das gilt erst recht im Jahr des dreißigjährigen Bestehens des
292 europäischen Binnenmarktes. Nur mit einer europäischen Regulierung schaffen wir Pla-
293 nungssicherheit. Eine nationalstaatliche Denke greift zu kurz. Ob Quoten oder Zertifikate für
294 grünen Grundstoffe: Wir haben keine Zeit zu verlieren.

295 Gleichzeitig brauchen wir mehr Ambition dabei, ein Level Playing Field mit Wirtschaftsräu-
296 men außerhalb der EU zu erreichen. Mit der Einigung auf einen CO₂-Grenzausgleichschem-
297 aismus ist der Schritt getan, dass auch importierte Produkte einen fairen Preis erhalten. Das
298 Grenzausgleichssystem wird umso stärker, je mehr Länder auch außerhalb der EU sich daran
299 beteiligen. Mit einem Klimaklub kann der Anfang gemacht werden, um langfristig einen
300 Handelsraum für klimaneutrale Produkte zu schaffen.

301 Wir treiben als Bundestagsfraktion die Diversifizierung unserer Lieferketten und neue Bünd-
302 nisse auf Basis unserer fortschrittlichen Handelsagenda voran. Wir unterstützen den Vor-
303 schlag, dass Regierungen und Unternehmen EU-welt regelmäßig Stresstests zur Prüfung wirt-
304 schaftlicher Abhängigkeiten durchführen sollten. Klimaschutz wird zum Kern zukünftiger
305 Handelspartnerschaften. Wir werden mit unseren Partnerschaften keinen Anreiz mehr für
306 die weitere Ausbeutung von Öl- und Gasfeldern schaffen. Wir unterstützen damit Internati-
307 onale Zukunftsbündnisse auf Basis grundlegender Internationaler Verträge und Abkommen
308 wie die ILO-Kernarbeitsnormen, das Pariser Abkommen zum Klimaschutz und das Überein-
309 kommen über die biologische Vielfalt. Das geltende Lieferkettengesetz belohnt verantwor-
310 tungsvolle Unternehmen gegenüber denjenigen, die sich auf Kosten von Menschen und Um-
311 welt einen kurzfristigen Wettbewerbsvorteil erschleichen wollen. Wir setzen uns für eine
312 schnelle Verabschiedung eines wirksamen EU-Lieferkettengesetzes, das auf den UN-Leitprin-
313 ziplen Wirtschaft und Menschenrechte basiert, ein.

314 Wir machen Dekarbonisierung möglich. Aber wir werden darüber hinaus weitere Weichen für
315 die Zukunft stellen. So stehen wir etwa für eine nachhaltige Rohstoffpolitik und hier ganz
316 zentral: die Kreislaufwirtschaft. Sie sichert Rohstoffversorgung und Ressourcen. Denn Müll ist
317 ein Designfehler im Wirtschaftssystem. Deutschland kann Leitmarkt für Kreislaufwirtschaft
318 werden, Hand in Hand mit dem New Circular Economy Action Plan der EU. Die Zukunft heißt:
319 Langlebigkeit, Materialsparbarkeit, Wiederverwertbarkeit, Reparaturfähigkeit und hoch-
320 wertiges Recycling. Dafür brauchen wir unter anderem einen digitalen Produktpass. Mit dem
321 Einwegkunststofffonds, der Rohstoffstrategie und der Abgabe auf Einwegplastik haben wir
322 bereits wichtige Schritte für die Förderung der Kreislaufwirtschaft gemacht. Viele weitere
323 Schritte werden im Rahmen der Erstellung einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie fol-
324 gen. Ein digitaler Gebäuderessourcenpass kann Auskunft über das Bauteil- und Stofflager im
325 Gebäude geben und so bei Um- oder Rückbauarbeiten die Wiederverwendung besser orga-
326 nisieren.

327 Die sozial-ökologische Transformation ist Aufbruch und Herausforderung zugleich. Wir setzen
328 uns dafür ein, dass gute Zukunftsjobs entstehen. Mit dem Tariftreuegesetz werden wir dafür
329 sorgen, dass der Staat nur noch Aufträge an Unternehmen vergibt, die tariflich bezahlen. Wir
330 stärken die betriebliche Mitsprache und Beteiligung. Gleichzeitig sehen wir, dass die Arbeits-
331 und Fachkräftelücke Unternehmen schon heute viel abverlangt. Die Fachkräftestrategie wol-
332 len wir deshalb jetzt mit Leben füllen. Wir stärken die der Aus- und Weiterbildung mit der
333 Ausbildungsgarantie, einer Bildungszeit und dem Qualifizierungsgeld. Das Fachkräfteein-
334 wanderungsgesetz muss jetzt schnellstmöglich kommen. Und wir greifen in diesem Jahr die
335 vereinbarten regionalen Transformations- und Qualifizierungscluster gemeinsam mit Sozial-
336 partnern und lokalen Akteuren wieder auf.

337 Klar ist: Das Zeitalter fossiler Energie ist Geschichte. Es ist an uns, nach vorne zu schauen.
338 Wir brauchen den Turbo für die Transformation, für den Aus- und Aufbau klimaneutraler
339 Zukunftstechnologien. Diese wollen und müssen wir beschleunigen, um unser Land, um Eu-
340 ropa zu modernisieren. Nur so erreichen wir die Klimaziele und stärken dabei gleichzeitige
341 den Investitions- und Industriestandort langfristig, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und
342 schaffen gute Arbeitsplätze der Zukunft.